

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 8 15 20-0
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 8 15 20-12

Inhalt

Florian Gerster zur
Notwendigkeit, die
KSZE als übergreifen-
den Rahmen zu belas-
sen: NATO überall?

Seite 1

Detlev von Larcher
MdB zum menschen-
verachtenden Umgang
mit Asylsuchenden:
Unions-Wahlkampf mit
Leid und Elend. Seite 2

Renate Jäger MdB zu
Otto Schilys Mitwirkung
im Berghofer-Prozeß:
Vergangenheitsbewäl-
tigung oder Gegen-
wartspolitik? Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB
zur bevorstehenden
Präsidentenwahl in
Mauretanien: Ein wich-
tiger Schritt zur Demo-
kratie im Maghreb.

Seite 4

Dr. Marliese Dob-
berthien MdB zur Ant-
wort der Bundesregie-
rung auf Fragen nach
krankheitserregenden
Substanzen am Ar-
beitsplatz: Bonner
Ignoranz gegenüber
gefährlichen Stoffen.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

47. Jahrgang / 17

24. Januar 1992

NATO überall?

Zur Notwendigkeit, die KSZE als übergreifenden Rahmen zu
belassen

Von Florian Gerster

Rheinland-pfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten und
Europa und
Mitglied der Nordatlantischen Versammlung

Fast täglich werden neue (und alte) Vorschläge für den geeigneten po-
litischen Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems vorgebracht.
Dabei werden fast beliebig Institutionen und Begriffe benutzt, die un-
terschiedliche Herkunft und Bedeutung haben. Der NATO wird einmal
das Sterbeglocklein geläutet, ein anderes mal soll sie auch Osteuropas
Sicherheit garantieren; die KSZE erscheint dem einen als Papiertiger,
für andere ist sie bereits heute eine europäische UNO.

Wie weit wir derzeit von einer gemeinsamen europäischen Außen- und
Sicherheitspolitik entfernt sind, hat das Versagen der EG im jugoslawi-
schen Krieg bewiesen. Der wirksamste europäische Beitrag zur Stabili-
sierung Osteuropas besteht derzeit in den "Europaverträgen" mit
Polen, der CSFR und Ungarn, die die Option der vollen Mitgliedschaft
beinhalten. Die Ausdehnung der europäischen Union ersetzt aber nicht
die Suche nach Instrumenten europäischer Verteidigungsintegration
und Friedenssicherung.

Die NATO ist das einzige funktionierende Militärbündnis auf dem eur-
päischen Kontinent. Sie soll und kann schrittweise zum Unterbau für
ein gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit weiterentwickelt
werden. Der Überbau, der ganz Europa einschließlich Nordamerika
und der GUS-Staaten umfassen soll, kann jedoch nur die KSZE sein,
die mehr für Osteuropas Befreiung bewirkt hat, als es den Anschein
hat.

(-/24. Januar 1992/rs/fr)

Printed in Germany
with 100% recycled
recycling paper



Unions-Wahlkampf mit Leid und Elend
Zum menschenverachtenden Umgang mit Asylsuchenden

Von Detlev von Larcher MdB

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich nun endgültig diejenigen durchgesetzt, die selbst Not, Leid und Elend von Menschen nur als Wahlkampfmaterial begreifen. Nicht anders kann der Beschluß verstanden werden, den die CDU-Bundestagsfraktion gestern in einer Sondersitzung faßte, Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes zu ändern.

Um diesen Beschluß herbeizuführen, reiste eigens der jetzige Ministerpräsident Baden-Württembergs, Herr Teufel, zur Fraktionssitzung an. Er und die CDU-Bundestagabgeordneten aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein drängten auf diese Entscheidung. Damit gibt die CDU zum ersten Mal öffentlich zu, daß sie das Thema Asyl für den Wahlkampf braucht.

Schon im Herbst 1991 hatte die CDU das Thema Asyl im Landtagswahlkampf in Bremen und im Kommunalwahlkampf in Niedersachsen zu ihrem Hauptthema gemacht. Jetzt sollen auch die diesjährigen Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die ihre Heimat wegen Verfolgung, Hunger, Not und Elend verlassen haben. Der Menschen verachtende Zynismus der C-Parteien ist wahrlich nicht mehr zu überbieten.

Dies Vorgehen verhöhnt christliche Moralvorstellungen, CDU und CSU sollten schleunigst das C aus ihrem Parteinamen entfernen.

Im Kommunalwahlkampf in Niedersachsen hat die CDU in Zeitungsanzeigen und Flugblättern die latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit bewußt geschürt und damit Verantwortung für die Anschläge auf Asylantenheime auf sich geladen. Nun wird es auch in den Wahlkämpfen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zu solchen Hetzschriften kommen. Die CDU/CSU schreckt vor nichts zurück, wenn es um Mehrheiten geht. Sie will mit diesem Thema verdecken, daß sie weder in der Sache noch in der Person attraktives anzubieten hat.

In unserer demokratischen Gesellschaft muß es aber da eine Grenze für Wahlkämpfe geben, wo Menschen und ihre Schicksale mißbraucht werden.

Mit ihrem Beschluß beweist die CDU zudem, daß sie die Verhandlungen mit den anderen Parteien zur Beschleunigung der Asylverfahren nur zum Schein führt. Denn ihr Beschluß ist ein deutliches Signal an alle beteiligten Stellen, daß sie sich von den im Gesetzentwurf des Innenministers vorgesehenen Maßnahmen keine ausreichenden Wirkungen verspricht. Dies Signal wirkt aber auf alle Stellen, die zur Beschleunigung beitragen können und müssen negativ. Die CD/CSU verprellt damit nicht nur die mit am Verhandlungstisch sitzende Opposition, sondern auch ihren Koalitionspartner. Wie ängstlich und verzagt müssen die "christlichen" Wahlkämpfer sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen müssen.

Denn es ist doch längst klar: nicht nur die SPD, sondern auch die FDP lehnt eine solche Grundgesetzänderung ab. Damit aber hat die CDU/CSU im Bundestag nicht einmal eine einfache Mehrheit für eine Änderung, für die sie sogar eine Zweidrittel-Mehrheit braucht. Man kann sich nur wundern, wie rücksichtslos die Koalitionsparteien in Bonn miteinander umgehen.

(-/24. Januar 1992/rs/tr)

Vergangenheitsbewältigung oder Gegenwartspolitik?
Zu Otto Schily's Mitwirkung im Berghofer-Prozeß

Von Renate Jäger MdB

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei voreingestellt, daß an keiner Stelle die Freiheit des Angeklagten, sich eines Verteidigers seiner Wahl zu bedienen, und die Stellung des Verteidigers, die Verteidigungsrechte uneingeschränkt wahrzunehmen, in Frage gestellt werden. Dies ist ein wesentliches Element des Rechtsstaates, für dessen Verwirklichung wir im Herbst 1989 auf die Straße gegangen sind. Daher dürfen diese Rechte des Angeklagten und seines Verteidigers bei aller kritischen Betrachtung nicht angetastet werden. Die Auffassung, man könne die juristische und politische Seite in einem eindeutig politischen Prozeß durchaus trennen, kann - so allgemein und undifferenziert formuliert - richtig und zugleich falsch sein.

Sie ist richtig, wenn man damit zum Ausdruck bringen will, daß das Gericht frei von jeder politischen Beeinflussung nach Gesetz und Recht entscheidet. Sie ist jedoch insoweit falsch, als sie auch die Aussage enthält, daß der Gegenstand des Berghofer-Prozesses, der sich auf rein politische Umstände im SED-Unrechtsregime bezieht und somit einen politischen Inhalt hat, auch im Prozeß der öffentlichen politischen Meinungsbildung seiner politischen Bedeutung entzogen werden soll.

Gerade das letztere soll aber der Berghofer-Prozeß - ich hoffe, wir sind uns darüber wohl einig - nicht bewirken. Die jüngste Geschichte der Justiz lehrt uns - egal ob Ost oder West -, welche Wirkungen politische Prozesse im Bewußtsein und im politischen Denken des Bürgers hervorrufen können. Von dem Bundestagsabgeordneten und Rechtsanwalt Schily - bei dem ihm eigenen Format - wäre zu erwarten gewesen, im Vorfeld, das heißt vor Übernahme der Verteidigung, die politischen Wirkungen und Folgen seiner Entscheidung zu prüfen. Er wußte zum Zeitpunkt der Mandatsübernahme, daß ihm in der Öffentlichkeit und in der Presse nicht nur die Rolle als Rechtsanwalt, sondern vornehmlich die Rolle als SPD-Bundestagsabgeordneter zugeschrieben wird. Daher richtet sich meine Kritik gegen den Politiker Schily. Auf die politischen Empfindlichkeiten und die sich gerade entfaltende politische Arbeit der SPD in den neuen Bundesländern hätte er bei seiner Entscheidung Rücksicht nehmen müssen. Es ist schwer für die Wählerinnen und Wähler, diese politische Haltung des SPD-Abgeordneten zu verstehen.

Nun zum Kernsatz der Verteidigung im Berghofer-Prozeß: "Die Wahlen in der DDR sind keine richtigen Wahlen gewesen; daher kann man sie auch nicht fälschen." Dieser Satz enthält ein politisches Werturteil und fordert damit zu einer politischen Antwort heraus. Aus wessen Sicht waren die Wahlen keine "richtigen" - aus der Sicht der Opfer des SED-Unrechtsregimes oder aus der der Täter? Viele Bürger haben im Wahlverfahren ein Mittel gesehen, sich gegen diesen Unrechtsstaat zu entscheiden. Und diese Bürger gehörten zu den mutigsten und standfestesten Demokraten in der DDR. Von gleichem Wert sind die, die durch ihre bewußte Nichtteilnahme an der Wahl - eine unbewußte war nicht möglich - deutlich machten, daß sie die Wahl als solche nicht anerkennen. Beide Gruppierungen haben so gehandelt, obwohl sie wußten, daß ihnen Schikanen und Repressalien bevorstanden, und das nicht nur ihnen, sondern auch ihren Familien. Manch ein Kind solcher Eltern wurde nicht zum Abitur oder Studium zugelassen. Manch ein Nicht- oder Gegenwähler wurde lange von der Stasi observiert. Wo immer der Staat Mitsprache hatte, ob bei der Wohnungsvergabe, bei der Auswahl von Reisekadem oder bei beruflichen Aufstiegschancen, er wurde benachteiligt. Weil diesen Bürgern aber ehrliches und wahrhaftiges Handeln mehr wert war als berufliche und politische Karriere, haben sie auf letztere verzichtet. Sie sind aufgrund ihrer Sauberkeit gar nicht in die Lage gekommen wie der in allen Augenblicken (auch im Prozeß) clevere Wendehals Berghofer.

Es war die freie Entscheidung dieser Bürger, sich nicht in die Lage zu bringen, um des Amtes willen betrügen zu müssen. Auch Berghofer konnte sich auf jeder Stufe der Karriereleiter so entscheiden. Stattdessen ist er bis zu dem Schritt gegangen, die Entscheidungen einer bedeutenden Zahl von Bürgern zu mißachten. Mit oben genannter Argumentation werden diese Stimmen jetzt wieder mißachtet, diesmal von einem Mann der SPD. Viele von Ihnen sind damals aus ihrer Oppositionshaltung heraus zur SPD gekommen und fühlen sich jetzt zurecht

zunächst vom eigenen Mann getreten. Wenn jemand so unsensibel und instinktivlos in der politischen Landschaft herumtapst, dann darf er sich nicht wundern, wenn diejenigen schreien, auf denen er herumtrampelt. Wir als SPD in den neuen Ländern fühlen uns als Vertreter und Anwälte dieser Bürger, ob in der SPD oder außerhalb. Wir wehren uns gegen die Kolonialherrnmanier, wie wir sie in den neuen Ländern - trotz aller großartiger Hilfen - dennoch leider auch so oft erleben.

"Das ganze System müsse verurteilt werden", sagt Otto Schily. Natürlich, doch aber nicht als Abstraktum! In diesem System haben Menschen agiert. Das Verbrechen wurde von Individuen gemacht, verwaltet und gehalten. Das System - aber wer nur? - stiftete zu Verbrechen an und benutzte charakterschwache und karrierebedürftige Menschen dazu. Mir ist jedoch nicht bekannt, daß ein Verbrecher nicht für schuldig befunden wird, wenn er zur Tat angestiftet wurde. Berghofer und andere wie Modrow und der Oberwahlfälscher Krenz waren in der Kette beides, nämlich Täter und Anstifter zugleich. Wie schnell entsteht dabei Doppelmoral, und wie schnell werden Moral auf der einen und berufliche Karriere sowie politisches Amt auf der anderen Seite miteinander verwoben! Anfangs ist nur kleine Hauchelei, sie wird zu Selbstverleugnung und Lüge, aus der das Verbrechen entsteht. Und all diese Stufen sind bereits in den ersten Tagen des Prozesses an den Ausführungen des Angeklagten mehrfach deutlich geworden. Diese Doppelmoral haben die Betrogenen nicht praktiziert. Sie haben versucht, bei den Wahlen durch ihre "Nein"-Stimmen diese Doppelmoral zu entlarven. Bedenken wir, für diese Menschen hatte insbesondere die Wahl im Mai 89 eine so große Besonderheit, wie sie keine der nachfolgenden haben wird: die Unruhe und Angst vor dem Wahltag, die Sorge vor Repressalien gegen die Kinder, die zitternden Hände in der Kabine - und dennoch trafen sie ihre ehrenwerte Entscheidung.

Mag die Praxis der Doppelzüngigkeit mit allen ihren Hintergründen noch so beliebt sein, von einem spricht sie nicht frei: Verantwortung läßt sich nicht teilen in dienstliche oder private, in berufliche oder politische; Verantwortung hat man immer für die Gesamtheit seines Handelns.

(-/24. Januar 1992/rs/ks)

Ein wichtiger Schritt zur Demokratie im Maghreb **Zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl in Mauretanien**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-afrikanischen Parlamentariergruppe

Am heutigen Freitag finden in Mauretanien nach einer langen Militärregierungszeit "zivile" demokratische Präsidentschaftswahlen statt. Ein eventuell notwendiger zweiter Wahlgang ist für den 7. Februar vorgesehen. Damit ist Mauretanien das erste Land des Maghreb, das in einer demokratischen Wahl aus mehreren Kandidaten seinen Staatschef wählt. Richtiger wäre es gewesen, zuerst die Parlamentswahlen und dann die Präsidentschaftswahlen durchzuführen.

Am 12. Juli 1991 hat das Referendum über eine neue - insgesamt gesehen - demokratische Verfassung stattgefunden.

Als Kandidaten für das Präsidentschaftsamt stehen der jetzige Staatschef Taya, der jüngere Halbbruder des ersten mauretanischen Präsidenten Ould Daddah, der ehemalige Bürgermeister Nouakchotts Ould Mah und der erste Militärpräsident von 1978 Ould Mohamed Saleck fest. Die Entscheidung wird zwischen voraussichtlich Taya und Daddah fallen.

Allgemein und auch in der kritischen Presse wird mit einem Wahlsieg Tayas gerechnet. Auch Politiker der Opposition sehen in diesem Fall einer Wahl von Taya auch in ihm durchaus einen Garanten für einen friedlichen Systemwechsel in Mauretanien.

Nach Einschätzungen von Beobachtern der innenpolitischen Lage in Mauretanien hat Taya den weitaus größeren Teil der weißen Mauren sowie auch genügend schwarze Mauren, den ehemaligen Sklaven, hinter sich. Er verfügt mit seiner PRDS (Partie Republicain Democratique et Social), der das derzeitige politische und wirtschaftliche Establishment angehört, über eine eigene Partei als Machtbasis.

Der unabhängige Überraschungskandidat Daddah kann demgegenüber auf die Stimmen der Schwarzafrikaner, einer Minderheit weißer Mauren und einem kleinen Teil der schwarzen Mauren zählen. Daddah präsentiert sich als Kandidat des reformerischen Wechsels und der nationalen Einheit und Aussöhnung. Seine wichtigste Machtbasis ist die UFD (Union des Forces Democratique), neben der PRDS einzige große und landesweit vertretene Partei. Die UFD einigte sich auf Daddah als unabhängigen Kandidaten.

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Demokratieprozesses in Mauretanien ist der störungsfreie und ordnungsgemäße Ablauf der Präsidentschaftswahl. Dieser soll durch ein großes Aufgebot an Sicherheitskräften sowie durch die Präsenz von ausländischen Wahlbeobachtern und Journalisten gewährleistet und überwacht werden. Mit der Ordnungsmäßigkeit und Glaubwürdigkeit der Präsidentschaftswahl kann der weitere Demokratisierungsprozeß in Mauretanien stehen oder fallen.

Die politische Auseinandersetzung in Mauretanien wird im wesentlichen zwischen der PRDS und der UFD ausgetragen. Der PRDS des Staatschefs Ould Taya bekennt sich zur bisherigen Politik der "Bewegung des 12.12." (1984), wird verstanden als Verfechter der weiteren Arabisierung und getragen von den weißen Mauren, die zur Zeit in Politik, Verwaltung und Wirtschaft das Sagen haben. Trotz großer Bemühungen ist es Taya nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Vertretern des schwarzafrikanischen Bevölkerungsteiles zu gewinnen.

Die UFD steht für die nationale Aussöhnung, in den gut besuchten Parteiversammlungen überwiegen Schwarzafrikaner und schwarze Mauren.

Beiden Parteien machen das breite politische Spektrum und die große Zahl von Gruppierungen - einschließlich extremistischer Gruppen - sichtlich zu schaffen.

Die kleinen Parteien stehen bisher alle kritisch, die meisten in offener Opposition zum Staatspräsidenten.

Vor der Präsidentschaftswahl ist die Innenpolitik geprägt von der Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und Oppositionsparteien - letztere unterstützt von der privaten Presse - um die Ausgestaltung des Reformprozesses. Staatschef Taya und sein Militärkomitee lehnen nach wie vor jede Form von Verhandlungen ab und berufen sich auf das ihnen durch die neuen Verfassung erteilte Mandat.

Dennoch wird aufeinander gehört und miteinander gesprochen. Immer wieder werden Forderungen der Parteien erfüllt.

Die Zahl der erforderlichen Unterschriften für die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl wurde herabgesetzt, das Alter der Wahlberechtigten von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Die Wählerlisten wurden aktualisiert, nun hatten die Wähler eineinhalb Monate Zeit, sich registrieren zu lassen. In den Wahllokalen werden Vertreter der Parteien beziehungsweise der Kandidaten in den Wahlvorständen mitwirken. Der Informationsminister verkündete die Öffnung der staatlichen Medien für alle Parteien und für die politische Debatte.

Unnachgiebig bleibt der Staatschef gegenüber den Forderungen nach einer Übergangsregierung, der formalen Beteiligung der Parteien bei der Gestaltung des Reformprozesses, nach Neuauftellung der Wahlkreise und nach Neuwahl der Gemeinderäte (die auch alleine die zweite Kammer wählen). Ein Streitpunkt ist der Vorwurf, die Mittel des Staates im Interesse der PRDS einzusetzen.

(-/24. Januar 1992/rs/fr)

Bonner Ignoranz gegenüber gefährlichen Stoffen
Zur Antwort der Bundesregierung auf Fragen nach krankheitserregenden Substanzen am Arbeitsplatz

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB

Das bisherige Schutzkonzept der Gefahrstoffverordnung, das ausschließlich den Schutz von weiblichen Arbeitskräften umfaßt, ist weder wissenschaftlich überzeugend begründet noch logisch. Obwohl der Umgang mit Gefahrstoffen auch bei Männern erbgutverändernd oder fruchtbarkeitschädigend sowie mittelbar fruchtschädigend (reproduktionstoxisch) wirken kann, gibt es für männliche Arbeitnehmer keine entsprechenden Schutzvorschriften. Problematisch ist auch die geringe Zahl der Gefahrstoffe, die als fruchtschädigend eingestuft sind.

Die Bundesregierung zeigt sich jedoch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von SPD-Abgeordneten erstaunlich uninformativ bezüglich der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über ein neues Konzept zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Gefahrstoffen. So behauptet sie zum Beispiel die Schätzung, daß in den alten Bundesländern jährlich circa 70.000 Schwangerschaften durch einen Spontanabort aufgrund schädlicher Umwelteinflüsse enden, "entbehre jeglicher wissenschaftlicher Grundlage". Zum Anteil der durch Gefahrstoffe am Arbeitsplatz verursachten Spontanaborte seien der Bundesregierung keine systematisch durchgeführten Studien bekannt. Tatsache ist jedoch, daß in anderen Staaten, so zum Beispiel in den USA, zu dieser Problematik umfangreiche Forschungsarbeiten durchgeführt werden. Die Bundesregierung scheint an einer Förderung solcher Forschungsarbeiten in der Bundesrepublik allerdings nicht interessiert zu sein.

Immerhin hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales den ihn beratenden Ausschuß für Gefahrstoffe um Vorschläge für eine Weiterentwicklung der allgemeinen Schutzmaßnahmen gebeten. Gespräche mit den Sozialpartnern und Wissenschaftlern hätten ergeben, daß einheitliche Schutzmaßnahmen bezüglich fruchtbarkeitschädigender Stoffe für beide Geschlechter die "sozialpolitisch, wissenschaftlich und technisch überzeugendste Lösung darstellen". Im selben Atemzug behauptet die Bundesregierung jedoch, dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wäre Genüge getan, "wenn die Einhaltung entsprechender Grenzwerte an Frauennarbeitsplätzen garantiert wäre". Damit widerspricht sie sich selbst und leugnet wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich der reproduktionstoxischen Wirkung von Gefahrstoffen auch bei Männern. So gibt es zum Beispiel ein deutlich erhöhtes Krebsrisiko für Kinder, deren Väter Gefahrstoffen am Arbeitsplatz ausgesetzt sind.

Die Überlegungen der Bundesregierung über das weitere Vorgehen in der Frage einheitlicher Grenzwerte sind jedoch nach eigener Aussage noch nicht abgeschlossen. So bleibt zu hoffen, daß sich die Bundesregierung von den Arbeitsmediziner/innen überzeugen läßt und deren Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland in stärkerem Maße als bisher fördert, statt über mangelnde wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich zu klagen.

(-/24. Januar 1992/rs/ks)
